

Klimawandel, Sicherheit und Migration in Wissenschaft und Politik

Gutachten im Zwielficht

Petra Bendel/Marianne Haase



Petra Bendel



Marianne Haase

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht die Diskursmuster in fünf wissenschaftlichen Studien zu einem in den letzten Jahren stark thematisierten Zusammenhang: dem Konnex zwischen Klimawandel, Sicherheit und Migration. Er prüft explorativ Auftragsstudien von fünf Regierungen. Trotz ähnlicher Adressaten und Ausgangsbedingungen gelangen diese Expertisen zu unterschiedlichen Darstellungen, Prognosen und politischen Forderungen. Damit stellt sich die Frage nach der Rolle von Wissenschaftlern in der Politik und nach der Umsetzung wissenschaftlicher Diskurse in politisches Handeln.

1. „Climategate“ und die Rolle von Wissenschaftlern in der Klimapolitik

Unmittelbar vor dem „Klimagipfel“ von Kopenhagen im Dezember 2009 veröffentlichten 26 Wissenschaftler eine Studie mit dem Titel „The Copenhagen Diagnosis“. Ihr Ziel war es, den Delegierten dringlich vor Augen zu führen, dass einige Folgen des Klimawandels früher und drastischer eintreten könnten als zuvor angenommen. Daraus leiteten die Forscher die Forderung ab, die Treibhausgasemissionen müssten noch in diesem Jahrhundert auf nahe Null gesenkt werden. Allerdings lancierten Hacker den Vorwurf, die Naturwissenschaftler hätten wichtige Daten zum Klimawandel konstruiert oder sogar manipuliert; sie hätten die wissenschaftliche Nachprüfbarkeit verweigert, unbequeme Daten verschleiert oder aber diese zumindest so präsentiert, dass sie spektakulär oder gar „alarmistisch“ erschienen. In der Tat unterschied sich dieser Bericht durch seine appellative Diktion und emotional besetzten Bilder von den vorausgegangenen Berichten des Weltklimarates (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC), dessen vierter und vorläufig letzter Sachstandsbericht von 2007 stammte.

Die ab März 2010 sogar am IPCC selbst und seinem Vorsitzenden Rajendra Pachauri geäußerte Kritik verstärkte Zweifel an wissenschaftlichen Expertisen zum Klimawandel und der Integrität von Klimaforschern. Mit dem Auftrag an den *InterAcademy Council*, den Dachverband der nationalen Wissenschaftsaka-

The Copenhagen
Diagnosis

demien, die in die Kritik geratenen Verfahren des IPCC zu begutachten, soll die Glaubwürdigkeit des IPCC wiederhergestellt werden.

hoch komplexe
Sachverhalte

Die Kritik an der für die Auswirkungen des Klimawandels zuständigen Arbeitsgruppe II innerhalb des IPCC belegt eindringlich die Herausforderungen der Klimaforschung: die Rolle von Wissenschaftlern in der Debatte um den Klimawandel und ihre politischen Konsequenzen. Klimatologen müssen hoch komplexe Sachverhalte vereinfachend vermitteln, sie können nicht alle widersprüchlichen Informationen in die Öffentlichkeit tragen, und sie mögen dazu neigen, wissenschaftliche Erkenntnisse zuzuspitzen oder auch strategisch zu handeln. Dass Berichte gezielt zu Zeitpunkten veröffentlicht werden, die dem Politikformulierungsprozess entsprechen, belegt die Flut von Veröffentlichungen zum Klimawandel im Vorfeld der *Conference of the Parties* (COP) im Dezember 2009. „We thought that if we can highlight it [das Abschmelzen der Himalaya-Gletscher; die Autorinnen], it will impact policy-makers and politicians and encourage them to take some concrete action.“, so Murari Lal.¹ Geoffrey D. Dabelkos, Direktor des *Environmental Change and Security Program* des *Woodrow Wilson International Centre for Scholars*, nennt die Herausforderung der Forscher eine sprachliche Gratwanderung „zwischen Übertreibung und Unsicherheit“, jener Unsicherheit nämlich, vor der die Naturwissenschaft mit ihren Projektionen selbst stehe.² Kritischer und an die eigene Zukunft appellierend wendet Otmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung ein: „Wir dürfen uns nicht zu Ersatzpolitikern degradieren lassen“.³

Ersatzpolitiker

Ob sie die Diskurse um den Klimawandel nun bewusst oder unbewusst steuern: Wissenschaftler und die Art und Weise, in der sie „Wissen“ vermitteln, eröffnen und strukturieren gesellschaftliche und politische Vorstellungen von der Wirklichkeit. Diese können zu dominanten oder hegemonialen Diskursen gerinnen, die wiederum politische Entscheidungsträger beeinflussen. Umgekehrt beauftragen Politiker oder auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) die Wissenschaft gezielt mit Studien, um Zusammenhänge wie etwa zwischen Klimawandel und Sicherheit aufzudecken und solche auch zu akzentuieren. Politische Entscheidungsträger sind auf Expertisen angewiesen: Einerseits benötigen sie Einschätzungen politisch zu lösender Probleme, andererseits suchen sie nach autoritativen Begründungen oder Rechtfertigungen für ihre eigenen, politischen Lösungsvorschläge. Das Verhältnis zwischen angestrebter politischer Lösung und seiner Darstellung in wissenschaftlichen Studien ist nicht notwendigerweise eindimensional: Ein und dieselbe *policy*-Lösung kann zu verschiedenen Rahmungen oder *frames* passen, und umgekehrt kann ein und derselbe *frame* zu unterschiedlichen Entscheidungen führen (Rein/Schön 1993: S. 151).

Werte oder
Auffassungen der
Wissenschaftler

Wissenschaftler oder ganze Gruppen von Wissenschaftlern (sogenannte *epistemic communities*) sind nun selbstverständlich nicht „objektiv“, sondern sie teilen vielfach gemeinsame Werte oder Auffassungen, die sie über Studien, Anhörungen, unter Umständen auch über gemeinsame Aktivitäten mit NGOs in politisches Handeln auf nationaler, transnationaler oder auch auf internationaler Ebene übersetzt wissen wollen. Die diskursive Strukturierung gelingt im Falle des Klimawandels besonders gut, weil die Klimawandelforschung zu einem großen Teil mit Prognosen arbeitet und damit Möglichkeiten zur Hervorhebung, aber auch Vernachlässigung wissenschaftlicher Erkenntnisse eröffnet. Gerade

dann, wenn es um Prognosen zum Klimawandel und dessen Folgen geht, sind die Studien auch keineswegs einheitlicher Auffassung; sie können auch miteinander konkurrieren. In unserem „*Climategate*“-Beispiel hatte sich eine Gruppe von Wissenschaftlern mit der Interpretation des Klimawandels durchgesetzt, die eine Verursachung durch den Menschen in den Mittelpunkt stellt gegenüber jener, die einen anthropogenen Klimawandel leugnet. In der Terminologie der Diskursanalyse handelt es sich dabei um eine „Diskurskoalition“ (Hajer 2003), die in Konkurrenz mit anderen Wissenschaftlern bereits zumindest vorübergehend die Deutungshoheit, die „Diskurshegemonie“, erlangt hatte. Selbst wenn die Klimatologie, anders als die so genannten Klimaskeptiker, einen vom Menschen verursachten Klimawandel nicht in Abrede stellt, wurde doch die Diskurskoalition von ihren Gegnern als „das Kartell“ bezeichnet, das die öffentliche politische Diskussion dominierte.⁴ „Das Kartell“ und seine Gegner lieferten sich vor und nach *Climategate* aber eine „beispiellose Wissenschaftsfehde“, in deren Kontext sich die Positionen erneut zuspitzen ließen.⁵

das Kartell

Klimatologen unterscheiden sich also danach, wie sie Art und Ausmaß des Klimawandels einschätzen, prognostizieren und mit welchen Ergebnissen sie dies tun. Sie differieren in der Art und Weise, wie sie ihre Ergebnisse interpretieren und wie sie diese den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit präsentieren. Ihre Strategien und die ihnen zugrunde liegenden Deutungsmuster lassen sich mittels der politischen, argumentativen Diskursanalyse (Hajer 2003) nachvollziehen. Sie hilft uns, Interpretationsmuster und Präsentationsformen herauszuschälen, in die Expertenwissen gegossen wird. Sie vermag den Kontext oder auch „Rahmen“ zu rekonstruieren, in den das nachfolgend analysierte Thema „Klimawandel – Sicherheit – Klimamigration“ von verschiedenen Akteuren, hier: den Klimaforschern, gesetzt wird (Keller³2007, Viehöfer 2006). Die politische Diskursforschung hat sich bislang zumeist auf politische Institutionen und Organisationen wie auch die Medien als Urheber politischer Diskurse konzentriert (Baringhorst 2004, Snow 2004, Nullmeier²2006).

„*Climategate*“ legt es nahe, gerade Wissenschaftler in ihrer Rolle als Diskursgeneratoren und *Agenda-Setter* für die Politik zu untersuchen. Seit etwa einer Dekade (2000 bis 2010) spielen *epistemic communities* unserer Beobachtung nach in diesem zunächst stark naturwissenschaftlich, zusehends aber auch sozialwissenschaftlich geprägten Bereich eine immer bedeutendere Rolle. Dies gilt nicht nur für die Klimaforschung im Allgemeinen, sondern im Speziellen auch für die Analyse und Interpretation des Problems „Klimamigration“, die im Folgenden im Mittelpunkt steht. Gemeinsam mit nationalen und internationalen NGOs und Internationalen Organisationen interpretieren Forschernetzwerke aus ihren wissenschaftlichen Ergebnissen, aber auch aus gemeinsamen Grundüberzeugungen heraus Folgewirkungen des Klimawandels.

Wissenschaftler als
Agenda-Setter

2. Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Sicherheit und Migration

Inhaltlich stellen wir fest, dass – wie etwa im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (2007) und in der Generalversammlung am 11. September 2009 (A/64/350) –, so auch in den meisten wissenschaftlichen Studien (vgl. Brauch 2009) ein Konnex zwischen Klimawandel und Sicherheit hergestellt wird. Die jeweils für die Sicherheit bedeutsame Ebene kann zwischen der klassisch-militärischen und der „menschlichen Sicherheit“ variieren⁶, beleuchtet einmal die „klassische“ militärische und politische Dimension des Staates bzw. der internationalen Gemeinschaft, ein anderes Mal die individuell Betroffenen unter dem Aspekt der „menschlichen Sicherheit“.

Als ein diesem Aspekt untergeordneter Diskurs lässt sich jener identifizieren, der sich mit dem Zusammenhang von Klimawandel, Sicherheit und Migration beschäftigt. Er wird in diesem Aufsatz als Teil des Klimawandel-Migrations-Konnexes analysiert.⁷ Bereits 1990 verwies der IPCC in seinem ersten Sachstandsbericht darauf, dass eine der wichtigsten Folgen des Klimawandels in der wachsenden Zahl von Migrantinnen und Migranten bestehen werde, noch ohne die Sicherheitsfrage in den Mittelpunkt zu stellen. Spätestens seit einem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU 2007) und einem EU-Papier zu Klimawandel und Sicherheit (S113/08, 2008) sowie den Ratsbeschlüssen vom Dezember 2009⁸ wurde die umwelt- bzw. klimabedingte Migration als ein zentrales Sicherheitsproblem für die Bundesrepublik Deutschland bzw. die EU benannt. Nachdem die Vollversammlung im Juni 2009 eine UN-Resolution zur Klimamigration verabschiedet hatte (GA/10830), versuchten Allianzen von Wissenschaftlern und NGOs sowie Internationale Organisationen das Thema „Klimamigration“ im Rahmen der Kopenhagen-Konferenz auf die Agenda zu bringen und zu verdeutlichen, dass die Zeit dränge, international zu handeln. Während des Gipfels warnte etwa der Hohe Flüchtlingskommissar, Antonio Guterres (UNHCR 2009), der Klimawandel könne in naher Zukunft zum Hauptfluchtgrund weltweit werden, den Wettstreit um Ressourcen verschärfen und somit selbst wiederum Konflikte auslösen.

Für die Wissenschaft ist der Konnex zwischen Klimawandel, Migration und Sicherheit relativ neu; die Phänomene gehören unterschiedlichen Politikfeldern an und wurden in der Vergangenheit getrennt voneinander behandelt. Der gemeinsame Grundtenor der im Folgenden analysierten Studien zu diesem Zusammenhang lautet: Klimamigration ist bereits Realität und wird künftig drastisch zunehmen. Aber bereits die Konzepte dessen, was überhaupt unter dem Zusammenhang „Migration und Klimawandel“ gefasst wird, unterscheiden sich beachtlich. „Umweltmigration“, „Umweltflucht“, „klimainduzierte Migration“ und „Klimaflucht“ oder auch „*Climigration*“ erfassen grundsätzlich unterschiedliche Wandermotive und -gruppen, und sie können, etwa auf Basis des Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtspakte argumentierend (Haase/Bendel 2010), in unterschiedliche politische, rechtliche und ethisch-normative Forderungen münden (Hummitzsch 2009: S. 4ff.). Berichte und Pro-

klimabedingte
Migration als ein
zentrales
Sicherheitsproblem

gnosen unterscheiden sich in der Frage, ob das Klima als eigener Fluchtgrund eingeschätzt wird oder ob es als auslösender Faktor vielmehr andere Wandermotive und -faktoren beeinflusst. Sie differieren bezüglich der Einschätzung von Art und Umfang der jetzigen und erst recht der künftigen klimabedingten Migration sowie der Identifikation der Hauptmigrationsrouten. Entsprechend stellen sie auch recht verschiedene Forderungen an politische Entscheidungsträger auf nationaler, regionaler oder internationaler Ebene. Je nachdem, wie sie den Zusammenhang zwischen Klimawandel, Sicherheit und Migration wahrnehmen und darstellen, welche Szenarien sie entwerfen, gelangen die Forscher jeweils zu unterschiedlichen Lösungsvorschlägen. Dabei ist selbstverständlich die Rolle der Auftraggeber nicht zu vernachlässigen, die bestimmte Ergebnisse zumindest antizipieren, wenn nicht vorstrukturieren.

3. Nationale Szenarien

Die im Folgenden explorativ analysierten Studien wurden zwischen 2003 und 2009 jeweils im Auftrag der nationalen Regierungen der USA, Kanadas, der Bundesrepublik Deutschland, Norwegens und Großbritanniens erstellt bzw. veröffentlicht und weisen mit der gesamten Regierung oder Regierungsinstitutionen zumindest im Prinzip ähnliche Adressaten auf: Es handelt sich um eine Auftragsstudie des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums (Schwartz/Randall 2003), um eine Studie im Auftrag des kanadischen *Security Intelligence Service* (Mc Lemann/Smit 2004), einen Hintergrundbericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Deutschlands (WBGU 2007) sowie eine Auftragsstudie des norwegischen Außenministeriums (O'Brien et al. 2008). Sie stehen nicht exemplarisch für die jeweiligen Regierungen, sondern dienen uns eher zur Illustration einer ganzen Bandbreite möglicher Interpretationen des Zusammenhangs von Klimawandel, Sicherheit und Migration⁹. Sie sind in der Öffentlichkeit ihrer jeweiligen Länder und zum Teil weit darüber hinaus auf erhebliche Resonanz gestoßen, ohne dass jedoch bislang u. W. eine Studie über die tatsächliche Umsetzung der einzelnen Empfehlungen vorläge.

Studien zwischen
2003 und 2009

Alle betrachteten Studien sind nach einem ähnlichen Schema aufgebaut: Erstens erfolgt eine Diagnose des Problems „Klimawandel“ und „Klimamigration“, seine Definition, Deutung und Erklärung. Wir prüfen in diesem Schritt: Welcher Ursache werden diese zugeschrieben? Mittels welcher Attribute, Adjektive, Metaphern, Bilder, Schlagwörter, mittels welcher Argumentations-/Rhetorikmuster wird sie beschrieben? Zweitens folgen Bewertung und Folgerungen, die daraus gezogen werden. Hier fragen wir: Auf welche ethisch-moralischen Bezüge, Maßstäbe und Leitbilder/Gerechtigkeitsprinzipien wird Bezug genommen? An wessen Werten richtet sich die sicherheitsfokussierte Interpretation der Klimamigration aus? Erfolgt eine Zuschreibung von Verantwortlichkeiten? Werden Befürchtungen, Warnungen, Ankündigungen ausgesprochen? Drittens präsentieren die Gutachten Lösungsvorschläge: Welche Lösungen werden vorgeschlagen, welche Instrumente und welche Maßnahmen? An welches Politikfeld wenden sie sich vornehmlich? Sind sie aktiv, reaktiv oder präventiv?

Aufbau der Studien
und Analysen

3.1 „Scharmützel, Gefechte, sogar Krieg“: Die Pentagon-Studie

Die an das Pentagon adressierte, von Andrew Marshall, dem Direktor des *Office of Net Assessment* des US-Verteidigungsministeriums und einem der bekanntesten *Think-tanks* der US-Sicherheitspolitik, in Auftrag gegebene Studie der beiden Zukunftsforscher Schwartz und Randall (2003) hält sich nicht an die von Dabelko vorgeschlagene, oben zitierte Gratwanderung zwischen Übertreibung und Unsicherheit. Sie behauptet auf drastische Weise, dass ein Klimawandel jederzeit nicht nur schleichend, sondern auch „abrupt“ erfolgen könne. Die Autoren gehen von einer dramatischen Abkühlung der Erde aus, einem Rückgang der durchschnittlichen Oberflächentemperatur in Nordeuropa um bis zu 3,3 Grad und einem schweren Temperaturabfall im Nordatlantik für die Dauer eines Jahrhunderts. Der Sicherheitskonnex besteht in einem dadurch ausgelösten, massiven Kampf um Ressourcen, welcher insbesondere die hoch industrialisierten Staaten zur Zielscheibe von massiver Migration und Gewalt werden lasse.

Bedrohungsszenario

Die Studie bedient sich der Dramatisierung, indem sie ein Bedrohungs-, ja, Konfliktszenario für die USA (und andere hoch industrialisierte Staaten) mit kriegsähnlichen Zuständen aufbaut. Ein weiteres Grundmuster ist ihre pseudo-wissenschaftliche Argumentationsstruktur: Zwar stellt sie Projektionen und Thesen auf, aber weder werden diese Projektionen belegt („paleoclimatic evidence suggests that such an abrupt climate change could begin in the near future.“, S. 19) noch erläutern die Autoren, warum sie die eine Studie zitieren, die andere aber ablehnen. Dazu entwickeln sie ein Szenario nach Dekaden, beginnend im Jahr 2010, für das allerdings keinerlei Variablen benannt werden und das jeglicher wissenschaftlicher Nachvollziehbarkeit entbehrt. Unterstützt wird der Eindruck, diese Studie sei „wahr“, durch den allmählichen Wechsel der Modalverben: „may“ zu „will“. Widersprüchliche akademische Auseinandersetzungen werden abfällig beurteilt und zugunsten eines – wie immer gearteten – „common sense“ abgelehnt.

Entsprechend drastisch nimmt sich die Wahl der rhetorischen Mittel aus: Bedrohliche Szenarien sind durch Kriegsallegorien untermalt („skirmishes“, „battles“, „even war“, „struggles“, „virtual fortress“, „enmities“, „violence and disruption“, „confrontation“), Bilder werden evoziert („flood of refugees“, „washed upon the shore“), beängstigende Feindbilder zwischen Nord und Süd, zwischen ressourcenarmen und -reichen Ländern aufgebaut. In diesem Konflikt fungieren für die Autoren die Vereinigten Staaten als Hauptakteur. Sie sind der Repräsentant der „human civilization“, Garant der „nationalen Sicherheit“ und Weltpolizist zugleich: „Yet, even in this continuous state of emergency the U.S. will be positioned well compared to others. The intractable problem facing the nation will be calming the mounting military tension around the world.“ (S. 18).

Conclusio

Conclusio der Studie: Die USA müssten sich schützen, eine „defensive Festung“ (S. 19) aufbauen, um „unerwünschte verhungerte Einwanderer“ abzuhalten, ihren Energiebedarf selbst decken und ihren Zugang zu Ressourcen durch Anpassung sichern. Außerdem fordern die Verfasser (ironischerweise) umfangreiche Maßnahmen für die Wissenschaft, um deren Prognosefähigkeit zu verbessern. Eine Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen wird hingegen nur sehr am Rande empfohlen. Damit stimmt die „Pentagon-Studie“, man erinnere

an das Erscheinungsdatum, quasi unisono in die ein Jahr zuvor herausgekommene *National Security Strategy* der USA¹⁰ ein, und sie fügt sich ebenso in das klimapolitische Leitbild der damaligen Bush-Regierung. Sie kann u. E. keinerlei wissenschaftliche Berechtigung geltend machen, sondern folgt einer eindeutig politischen Aussage und steht für eine massive sicherheitspolitisch-militärische „Rahmung“ der klimabedingten Migration.

3.2 Verhaltene Prognosen: Die kanadische Studie für den *Security Intelligence Service*

Die zweite Studie wurde ebenfalls von nur zwei Experten, Robert McLeman und Barry Smit, im Jahr 2004 für den kanadischen *Security Intelligence Service* erstellt. Ihr Schwerpunkt liegt auf der klimainduzierten Migration und damit auf einem für die anderen hier vorliegenden Studien lediglich als Subdiskurs charakterisierten Teilbereich. McLeman und Smit fassen die (damals) weitgehend unstrittige Klimafolgenforschung zusammen, zeigen auf, welche Annahmen breit akzeptiert sind („It is now broadly accepted“, S. 1, „Most analysis and debate...has focussed on global average temperatures“, S. 4) und worin offene Fragen bestehen. Diese Darstellung hält eher die Balance auf dem eingangs von Dabelko angemahnten Drahtseilakt zwischen Übertreibung und Unsicherheit, denn sie zeigt durchaus auch Zweifel auf: „If climate model projections are accurate, climatic changes in Pakistan would...“ (S. 9); diese Unsicherheiten werden durch Modalverben wie „can“, „may“, „would“ an verschiedenen Stellen unterstrichen. Dort aber, wo es um mögliche Sicherheitsrisiken geht, werden auch vorsichtig Bilder eingeführt, die Druck suggerieren. So ist von „large-scale migration“ nach Kanada ebenso die Rede wie von „pressure“, „turmoil“, „unrest“ in den potenziellen Herkunftsländern. Die zitierten Studien werden auf das Konzept der Verletzbarkeit (*vulnerability*) hin zugespitzt und anhand illustrativer Beispiele auf verschiedene klimainduzierte Formen hingeführt. Sicherheitsprobleme entstünden in Herkunfts- aber auch in den Transitregionen. Bezogen auf Kanada und den Auftraggeber werden insbesondere China und Pakistan – diejenigen Herkunftsgegenden mit den höchsten Einwanderungsraten – vorgestellt.

Daraus leiten die Verfasser folgende Handlungsempfehlungen für Kanada ab: Einerseits sollte ein Folgenabschätzungs-Programm eingerichtet werden; Klimarisiken könnten grundsätzlich bei allen künftigen Studien eingeführt werden. Auch diese Studie fordert (wohl nicht ganz uneigennützig, wie das hier erstmals erwähnte Pronomen „we“, bezogen auf die Forscher selbst, verdeutlicht) bessere Forschungsbedingungen. Damit äußert sich die Studie rein bezogen auf den Auftraggeber, ohne weitere politische Konsequenzen zu ziehen. Sie wirkt verhalten, ja, fast unsicher, sowohl, was die Diagnose als auch, was die Prognose und die Forderungen angeht. Sie steht somit für das andere Ende eines gedachten Kontinuums, das von massiver politischer Intention und strategischen Rahmungen bis hin zu verhaltener, um Objektivität bemühte „Wissenschaftlichkeit“ reicht.

Handlungsempfehlungen für Kanada

3.3 Klassischer außenpolitischer Rahmen in Deutschland: Die Studie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung (WBGU)

Im Unterschied zur Pentagon-Studie arbeitet die Expertise des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung (2007), unter der ersten Merkel-Regierung erschienen, nicht mit Plausibilitätsargumenten, sondern mit Projektionen und Szenarien sowohl aus der (sozialwissenschaftlichen) Umweltkonflikt- und Kriegsursachenforschung als auch aus der Klimafolgenforschung. Sie greift Erfahrungen aus der Vergangenheit auf, leistet aber auch verschiedene Projektionen für „Gesellschaften, Nationalstaaten, Weltregionen und das internationale System“ (ebda.: S. 1). Sie entwirft vier Bedrohungsszenarien und sendet entsprechende Appelle an die nationale und internationale Politik. Der Klimawandel wird als Auslöser für Mechanismen gesehen, die zu Unsicherheit und Gewalt führen (politische Instabilität, schwache *governance*-Strukturen, Wirtschaftsleistung, demographischer Druck, *spill-over*-Effekte).

ambitionierte
globale Klimapolitik

Obwohl auch dieses Gutachten von einer nationalen Regierung in Auftrag gegeben wurde, betont es weniger die nationale als vielmehr die internationale Verantwortung in dem Sinne, dass eine „ambitionierte globale Klimapolitik“ betrieben werden müsse. Die Autoren verwenden „Einerseits-Andererseits-Argumentationen“, um zu verdeutlichen, dass die politischen Entscheidungsträger durchaus Handlungsoptionen haben, die im Konjunktiv vorgestellt werden.

Der Sicherheitsbegriff bezieht sich auf „menschliche“ (ebda.: S. 1), auf „internationale Sicherheit“ (ebda.: S. 2), und nicht primär, wie das Pentagon-Gutachten, auf „nationale Sicherheit“. Entsprechend legt die WBGU-Studie den Schwerpunkt ihrer politischen Forderungen auf den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland *und der Europäischen Union* (Hervorhebung der Autorinnen). Der Fokus des Appells, obwohl schon im Titel bei der Sicherheitsproblematik angesiedelt, liegt zumindest für die Handlungsempfehlungen nicht auf der Verteidigung der Nation, sondern vielmehr auf der internationalen Verantwortung der Verursacher-Staaten des Klimawandels. Entsprechend bedient sich der Text solcher Verben, die die Unschuld der Betroffenen gegenüber den für verantwortlich gehaltenen Verursachern des Klimawandels betonen wie „treffen“, „antreffen“, „betreffen“. Relativierungen, die den Auslöseeffekt des Klimawandels für bereits bestehende Probleme verdeutlichen sollen, sind „erhöhen“, „verstärken“, „steigern“, „steigen“, „verschärfen“ (S. 2). Bilder werden vielfach aus dem Krankheitsbereich entnommen: „konfliktanfällig“, „Verbreitung“, „Ansteckungsgefahr“, Konflikte wirken „ansteckend“ (S. 2). Sie unterstreichen die hohe Interdependenz des Klimawandels und seiner Folgen für die internationale Gemeinschaft.

Der Subdiskurs um die klimainduzierte Migration fügt sich in dasselbe Schema ein. Migration gilt als eines von mehreren Risiken, die im Verantwortungsbereich der internationalen Gemeinschaft an Brisanz gewinnen, auch, weil die Auseinandersetzung um ein etwaiges *burden-sharing* (Lastenteilung) zunehmen könnte – eine Figur, die aus der europäischen Migrationspolitik hinlänglich bekannt ist und die für die angesprochene politische Gemeinschaft als

bekannter Rahmen verwendet wird. Insgesamt knüpft das Gutachten an den klassischen außenpolitischen Diskurs der Bundesrepublik an, an eine außenpolitische Orientierung, die sich in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und in ein weiteres multilaterales Umfeld im Sinne der Vereinten Nationen einfügt.

3.4 Risiken für die menschliche Sicherheit: Norwegens Studie für das Außenministerium

Auch die norwegische Studie, von zehn Autorinnen und Autoren im Auftrag des Außenministeriums erstellt, knüpft an das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ an. Klimamigration ist nach ihrer Darstellung neben den durch Klimawandel ausgelösten Ressourcenkonflikten ein mögliches Phänomen menschlicher Unsicherheit. Es ist das Szenario der durch den Klimawandel ausgelösten Katastrophen (nicht etwa der schleichenden Degradation von Ressourcen), das aus dieser Perspektive diese menschliche Sicherheit, insbesondere der besonders Verletzbaren, auch langfristig unterminiert.

Das Papier behauptet nicht, es „diskutiert“, es zeigt keine Gewissheiten auf, sondern es weist vorsichtig auf mögliche Tendenzen hin: „Recent studies suggest...“, „Recent studies distinguish...“, „Most studies agree...“, „Some studies also recognise...“, „...many studies emphasize“ – das ist der tentative Sprachduktus dieses Kapitels (S. 23ff.), das einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat mitbringt. Die Autoren warnen vor allzu „alarmistischen“ Vorhersagen, die nicht zur Grundlage für politisches Handeln benutzt werden sollten: „This uncertainty suggests that some of the more alarmist predictions, including those by Myers and Christian Aid, should not be used as a basis for policy.“ (S. 24).¹¹ Migration solle, so die Schlussfolgerung, keinesfalls als per se zu akzeptierende Adaptationsstrategie betrachtet werden, sondern vielmehr als ein durch eine Klimapolitik zu verhindernder Verlust von Kultur und häufig auch humanen Lebensbedingungen. Die Studie schließt mit einem Appell, ohne den eigentlichen Adressaten zu benennen. Menschliche Sicherheit bedeute einen Einsatz aller politischen Ebenen:

Appell

„Never in history has the management of threats to the environmental, social and human rights of individuals and communities been as important at local, regional and global scales, and never before have human security concerns been so closely interlinked across regions, groups, and generations. As many references cited in this report convincingly show, it is possible to reduce risk and vulnerability to disasters of our own making.“ (S. 26)

4. Diskurs und Politik

Die untersuchten Expertisen zeigen eine ganze Bandbreite möglicher Interpretationen des Zusammenhangs von Klimawandel, Sicherheit und Migration auf. Deutlich wird, dass ein und derselbe Rahmen, hier ein sicherheitspolitischer, sehr unterschiedliche *policy*-Lösungen zu Tage fördern kann. Während die

Pentagon-Studie von einem Szenario ausgeht, das einem Katastrophenfilm ähnelt, und die Verantwortung für die nationale, aber auch die internationale Sicherheit der Industriestaaten ohne jeden Selbstzweifel an die USA verweist, ist die bundesdeutsche Studie bereits in der Diagnose um Differenzierung und eine größtmögliche Objektivität in der Darstellung des Themas bemüht und sieht die Verantwortung für Sicherheit und Migration im Multilateralismus. Die kanadische Expertise hingegen nimmt sich sehr zurück und konzentriert sich eher auf die nationalen Konsequenzen, die norwegische Studie verweist allgemein auf die Verantwortung aller politischen Ebenen.

bislang keine
internationale
politische Einigung

Aus politikwissenschaftlicher Sicht fragt sich, wie denn diese auf nationaler Ebene niedergeschlagenen Wahrnehmungen sich bei diesem – per definitionem transnationalen – Problem in internationale Politik überführen lassen und wer neben den betroffenen Staaten als „politischer Unternehmer“ auftritt. Bislang wurde keine internationale politische Einigung über Instrumente erzielt, welche die durch Klimaveränderungen ausgelöste Migration zu steuern vermöchte, geschweige denn über völkerrechtliche Instrumente, welche den betroffenen Personen Schutz gewähren könnten. Gerade in einem asymmetrischen internationalen Machtverhältnis zwischen Entsendern von „Klimamigranten“ und potenziellen Transit- und Aufnahmestaaten steht im Prinzip eher zu befürchten, dass sich die in nationalen wie internationalen Studien herausgestellten Appelle an die politische Verantwortung gerade auf der internationalen Ebene in Rhetorik erschöpfen könnten.

internationale
Debatte über
Klimamigranten

Über den Sicherheitsdiskurs der hier vorgestellten nationalen, aber auch der internationalen Diskurse allerdings ist langsam Bewegung in die internationale Debatte über Klimamigranten gelangt. Strategisches Handeln durch eine sicherheitspolitische Rahmung hat etwa eine Koalition pazifischer Inselstaaten vor den Vereinten Nationen demonstriert. Ziel war es, Aufmerksamkeit für die Folgen des Klimawandels sowie die drohende Klimamigration zu erzeugen, indem mittels einer „Versicherheitlichung“ der Klimawandel und die Klimamigration in den Bereich der „*hard politics*“ überführt werden sollten.¹² Dies sollte Forderungen nach internationaler Kooperation untermauern und stärkeren Druck initiieren, um die internationalen Akteure zum Handeln zu bewegen.

Der Blick auf internationale Verhandlungen etwa im Rahmen der Klimarahmenkonvention lässt eine erste Hypothese zur Herausbildung einer Diskurshegemonie zu. Eine Weiterentwicklung des vorerst primär sicherheitspolitisch ausgerichteten Subdiskurses zur Klimamigration auf Ebene des UN-Sicherheitsrates, der UN-Generalversammlung und der EU¹³ zu einem eigenständigen Klimamigrationsdiskurs hat sich anlässlich der internationalen Klimaverhandlungen im Dezember 2009 manifestiert. Dies hat maßgeblich unter Beteiligung einer Diskurskoalition mit Mitgliedern aus der Wissenschaft stattgefunden: Forscher der *United Nations University* (UNU) haben wesentlich dazu beigetragen, das Thema Klimamigration in Kopenhagen sowie in den Vorverhandlungen auf die Agenda zu setzen und das Phänomen Klimamigration vom ursprünglich primär sicherheitspolitischen Rahmen zu lösen und zu einem eigenständigen Themenkomplex und Diskursgegenstand zu erklären.

Aufgabe künftiger Forschungen wird es sein, die Analyse von Diskursen mit Ansätzen aus der Politikfeldforschung und der Erforschung sozialer Bewegun-

gen, aber auch aus den Internationalen Beziehungen zu kombinieren, um Variablen ausfindig zu machen, die dafür verantwortlich zeichnen, dass sich einige Diskurse in internationales Handeln übersetzen, andere hingegen nicht. Weiterführende Aufgaben ergeben sich auch insofern aus der Diskursanalyse, als sie, gerade in ihrer wissenschaftssoziologischen Variante, die Rolle der Wissenschaftler herausstellt und so die Diskussion für die spezifischen Herausforderungen für Klimaforscher bereichern kann. Eine differenzierte Analyse des Klimadiskurses und der darin beheimateten Diskurskoalitionen gibt Aufschluss über Rolle und Funktion der Natur-, aber auch der Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaften für die politische Praxis.

Anmerkungen

- 1 <http://www.dailymail.co.uk/news/article-1245636/Glacier-scientists-says-knew-data-verified.html>, zuletzt: 22.07.2010.
- 2 <http://www.thebulletin.org/web-edition/op-eds/avoid-hyperbole-oversimplification-when-climate-and-security-meet>, zuletzt: 22.07.2010.
- 3 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,682965,00.html>.
- 4 z.B. <http://coast.gkss.de/staff/storch/>, zuletzt: 22.07.2010.
- 5 Evers, Markus/Olaf Stampf, Gerald Traufetter: Die Wolkenschieber, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,686437,00.html>, zuletzt: 22.07.2010.
- 6 Dieses Konzept rückt neben den staatszentrierten Sicherheitsbedrohungen (gewaltsame, bewaffnete Konflikte) auch solche Bedrohungen in den Mittelpunkt, die die Sicherheit des Menschen gefährden wie mangelnde Nahrungsversorgung oder Umweltschäden, vgl. <http://www.humansecurity-chs.org/finalreport/index.html>, zuletzt: 22.07.2010.
- 7 Der diskursive Zusammenhang von Klimawandel, Migration und Sicherheit ist Teil eines am Zentralinstitut für Regionenforschung der Universität Erlangen-Nürnberg entstehenden, quantitativ und qualitativ anhand eines sehr viel größeren Korpus' vorgehenden Forschungsprojekts, das sich neben der nationalen auch der internationalen und supranationalen Ebene sowie der politischen Wirkungen dieser Diskurse widmet.
- 8 http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/111827.pdf, zuletzt: 22.07.2010.
- 9 In einer Rezension hat Sardemann (2004: 120) bereits die ersten beiden Studien verglichen.
- 10 <http://www.whitehouse.gov/administration/eop/nsc/>, zuletzt: 22.07.2010.
- 11 Die Expertisen von Norman Myers und Christian Aid haben ein, im Vergleich mit anderen Studien, dramatisches Bild der Ausmaße der zu erwartenden Klimamigration gezeichnet. Vgl. zum „Zahlenspiel“ innerhalb des Klimamigrationsdiskurses Oli Brown (2008).
- 12 Vgl. zur *advocacy* für die UN-Resolution durch die Pacific Small Island Developing States Resolution A/63/L.8/Rev.1 sowie die UN-Resolution GA/10830.
- 13 SC 9000; A 63/281, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/reports/99387.pdf, zuletzt: 22.07.2010.

Literatur

- Baringhorst, Sigrid 2004: Strategic Framing – Deutungsstrategien zur Mobilisierung öffentlicher Unterstützung, in: Kreyher, Volker J. (Hrsg.): Handbuch Politisches Marketing, Baden-Baden, S. 75-88.
- Brauch, Hans Günter 2009: Buchvorstellung Mittwoch, 29. Juli 2009, München, Facing Global environmental Change, ppt-Präsentation, online unter http://www.afes-press.de/html/pdf/Brauch_Buchvorstellung_Muenchen_090729.pdf, zuletzt: 16.06.2010.
- Brown, Oli 2008: The numbers game, in: Forces Migration Review; Nr. 31, online unter: <http://www.fmreview.org/FMRpdfs/FMR31/08-09.pdf>, zuletzt: 16.06.2010.

- Dabelko, Geoffrey D. 2009: Avoid hyperbole, oversimplification when climate and security meet, in: Bulletin of the Atomic Scientists, online unter <http://www.thebulletin.org/node/7730>, zuletzt: 16.06.2010.
- Dunn, Myriam 2005: What the Epistemic Communities Approach Can Contribute to the Study of Threat Politics. Konferenzpapier, 46. International Studies Association Convention. Honolulu 5. März.
- General Assembly Plenary 85th Meeting (AM), General Assembly, expressing deep concern, invites major United Nations Organs to intensify efforts in addressing security implications of Climate Change, GA/10830, 3 June 2009.
- Haas, Peter M. 1992: „Epistemic Communities and International Policy Coordination“, in: International Organization, Vol. 46(1), S. 1-35.
- Haase, Marianne/Bendel, Petra 2010: Land unter? (Menschen-)Rechtliche Konsequenzen des Klimawandels für Migratinnen und Migranten, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Nr. 5, i.E.
- Hajer, Maarten A. 2003: Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutungen, in: Keller, Rainer/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, Opladen, S. 271-298.
- Hummitzsch, Thomas 2009: Klimawandel und Migration. Die Diskussion um ihre Kausalität und die Rechtslage der Betroffenen, online unter: http://www.hwwi.net/uploads/tx_wilpubdb/KD_15_Klimamigration.pdf, zuletzt: 16.06.2010.
- Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden.
- Nullmeier, Frank 2001: Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, in: Keller, Rainer/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden, S. 285-312.
- Mc Lemann, Robert/Smit, Barry 2004: Climate Change, Migration and Security. Commentary No. 86, a Canadian Security Intelligence Service publication (1), online unter: <http://www.csis-scrs.gc.ca/pblctns/cmmntr/cm86-eng.asp>, zuletzt 17.06.2010.
- Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat 2008: Klimawandel und internationale Sicherheit, S. 113/08, 14. März 2008, o.O.
- Schön, Donald/Rein, Martin 1994: Frame Reflection: Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies, New York.
- Schwartz, Peter/Randall, Doug 2003: An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security. A report commissioned by the U.S. Defense Department, Washington, online unter: http://www.edf.org/documents/3566_AbruptClimateChange.pdf, zuletzt 16.06.2010.
- Sardemann, Gerhard 2004: Klimawandel – eine Frage der nationalen Sicherheit?, in: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Nr. 2, 13. Jg., Juni, S. 120-123.
- Snow, David A. 2004: Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields, in: Snow, David A. et al. (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, MA/Oxford/Carlton, S. 380-412.
- Viehöver, Willy 2007: Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes. Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden, S. 233-269.
- United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) et al. 2009: In Search of Shelter. Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement, Bonn et al., online unter: <http://www.ehs.unu.edu/file/get/4170>, zuletzt: 17.06.2010.
- UNHCR 2009: Klimawandel könnte zum Hauptfluchtgrund werden, Pressemitteilung 17.12.2009.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hrsg.) 2007: Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin u.a.